

Agentur: lby Agenturkennung: bay0086 Datum: 17.07.2008 16:03

Titel:

(Zusammenfassung 1600 - neu: Reaktion Justizministerin Merk)
Familienjustiz wegen enger Verbindung zu Gutachter-Firma in Kritik
Von Carsten Hoefer, dpa

Meldung:

München (dpa/lby) - Die Justiz in Bayern gerät wegen der engen Zusammenarbeit vieler Familiengerichte mit einer Münchner Gutachter-Firma unter Beschuss. Empörte Eltern machten am Donnerstag in München gemeinsam mit zwei CSU-Landtagsabgeordneten Front gegen die Gesellschaft für wissenschaftliche Gerichts- und Rechtspsychologie (GWG), die an mehreren Gerichten den Markt für Sorgerechts-Gutachten dominiert. Die betroffenen Eltern warfen Gerichten und Jugendämtern vor, ihnen ihre Kinder auf Basis unseriöser Gutachten weggenommen zu haben. Der Abgeordnete Sepp Ranner warnte vor einer «Monopolstellung» der Firma zulasten der Kinder. Die Vorwürfe lösten sogleich CSU-internen Krach aus: Ranners Parteifreundin und Justizministerin Beate Merk wies die Kritik ebenso scharf zurück wie GWG-Chef Joseph Salzgeber.

«Wenn so ein grausames Schicksal auf Menschen einprasselt und die Ehe zerbricht, darf es nicht passieren, dass sich Dritte schadlos halten und die Betroffenen finanziell ruinieren», sagte Ranner. Jedes Jahr scheitern in Deutschland über 200 000 Ehen. Am Ende steht häufig ein Krieg um die Kinder. Die Gutachter haben faktisch eine ungeheure Machtfülle, da ihre Papiere Grundlage der Gerichtsentscheidungen über das Schicksal von Kindern und Familien sind. Doch anders als bei Ärzten und Psychotherapeuten ist für Gutachter keine behördliche Approbation vorgeschrieben. Viele Anwälte klagen seit Jahren über Missstände.

Die Einzelschicksale sind kaum zu zählen: «Ich habe meine Tochter zum letzten Mal am 14. Juni 2007 gesehen», sagte die Studienrätin Sonja Mang als eine betroffene Mutter. «Ich wollte sie vom Kindergarten abholen und sie war nicht mehr da.» In den vergangenen dreizehn Monaten habe sie lediglich dreimal mit ihrem Kind telefonieren dürfen. Grundlage sei ein GWG-Gutachten gewesen.

Nach Angaben des Justizministeriums erstellt die Firma im Bereich des Amtsgerichts Passau 75 Prozent aller Gutachten, beim Familiengericht Ingolstadt sogar 90 Prozent. Viele andere Gerichte schalten die GWG ebenfalls sehr häufig ein. Die Gesellschaft streicht nach Angaben des Justizministeriums 40 Prozent der Gutachter-Honorare ein.

Initiator der Elterninitiative ist Michael Möhnle, Mitarbeiter des Umweltministeriums. «Die Eltern fühlen sich kriminalisiert, psychiatrisiert, die Kinder werden traumatisiert», klagt er. Hinzu kommt der Faktor Geld: Das Scheitern einer Ehe führt oft zum Absturz in die Armut. Gibt es Streit um das Sorgerecht, schlagen GWG-Gutachter nach Darstellung Möhnles häufig eine zweite Stellungnahme eines weiteren GWG-Gutachters vor - mit entsprechenden Kosten. «Man muss von schonungsloser Abzocke sprechen», sagt Möhnle.

Justizministerin Merk schießt scharf zurück: «Die Kritik entbehrt jeder Grundlage.» Die Sachverständigen der GWG würden «aufgrund der positiven Erfahrungen» der Gerichte mit den Gutachten herangezogen. Die Vorwürfe seien «eine menschlich verständliche, aber dennoch falsche Reaktion». Laut Justizministerium sind die Preise der Gutachten gesetzlich festgelegt.

GWG-Chef Joseph Salzgeber verweist darauf, dass bei Sorgerechts-Streitigkeiten häufig das unterlegene Elternteil unzufrieden sei. Alle Gutachter seien ausgebildete Psychologen. Bis zu fünfzehn Fachleute seien mit einzelnen Gutachten befasst. «Es gibt keine Institution, die kompetenter ist als wir.»

dpa ch yyby ir/uk